

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden,
Kobler & Comp., Nr. 1208.

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Ed. G. Staatsbank.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frachtposten mit den wöchentlichen Belegten „Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Verlagsamt: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsamt: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Kompatibelzeile 30 Goldpf., die 20 mm breite Reklamazeile 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Verlagsuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverlegung 10 Goldpf.

Nr. 42

Dresden, Donnerstag den 19. Februar 1925

36. Jahrg.

Die östliche Sphinx

Die sich in Rußland vollziehende wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung scheint dem westeuropäischen Beobachter meist in schroffem Gegensatz zu der terroristischen Politik der Diktatur des Proletariats zu stehen. Der Kriegskommunismus der ersten revolutionären Periode mit seiner Enteignung der bestehenden Klassen und der Zerstückelung der alten Staatsform ist von einer Knüpfung an die kapitalistische Umwelt abgelöst worden. Ein neues Wirtschaftsprinzip hat sich durchgesetzt: die Säuren haben, um sie zur Bearbeitung des Bodens zu veranlassen, die freie Verfügung über ihre Arbeitsträger erhalten, und der Industrie mußte, um sie leistungsfähig zu machen, eine äußerlich kapitalistische Form gegeben werden, bei der der Staat an die Stelle des Inhabers und Leiters der Industrie trat.

So widerspruchsvoll auch die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Bolschewisten erscheinen, so wenig ihre Wirtschaftspolitik eine einheitliche Linie erkennen läßt, so gründet sie sich doch auf eine zielbewußte Planmäßigkeit. Dafür zeugen schon allein die der „Staatsplankommission“ gestellten Aufgaben, die Produktionsmengen, die Produktionsart, die Verteilung der Industrie und Gehaltung der Ein- und Ausfuhr festzulegen. Die Planmäßigkeit hat allerdings im Laufe der Jahre verschiedentlich Abweichungen erfahren; einmal durch die wechselnden Einflüsse auf die Ernährung der Bevölkerung (Währerte, Rückgang der Anbaufläche und des Ertrages), vor allem aber durch den Umstand, daß zwei Apparate nebeneinander arbeiten: der Staatsapparat und der Parteiapparat der kommunistischen Partei. Er befehlet alle maßgebenden Posten und wird dadurch zum eigentlichen Leiter des Staats. Die „Diktatur des Proletariats“ ist eben nichts anderes als die Herrschaft der unter einer strengen Disziplin stehenden Leiter dieser Partei. Die Sicherung ihrer Herrschaft gründete sich bisher im wesentlichen auf die geschickt konstruierte Wahlordnung, die in allen Vertretungsorganen das Übergewicht der Stadt, d. h. der geringen Zahl des Industrieproletariats über das Land sichert.

Auf der hier nur flüchtig skizzierten Grundlage baut sich ein bedeutungsvolles Werk auf, das endlich einmal die inneren Zusammenhänge zwischen Sowjetpolitik und Sowjetwirtschaft aufdeckt und an der Hand eines reichhaltigen und zuverlässigen Materials dem Leser die Ursachen der Widersprüche der russischen Wirtschaftspolitik erklärt. Neben dem Einfluß von politischen und sozialen Theorien oder traditionellen Anschauungen zeigt der Verfasser dieses Wertes, Nikol. Passchew, das wirtschaftliche Gesicht der Sowjet-Union (Wien und Leipzig bei Karl Gerold Sohn), wie die rückläufige Bewegung des Bolschewismus von der Notwendigkeit diktiert wurde, die kleinbürgerliche Klasse der Bauern durch Zugewandte für das Sowjetregime einzunehmen. Der gesamte Grund und Boden ist zwar Staatsbesitz, aber circa 90 Millionen Desjatinen Gutsbesitzerboden sind den Bauern überlassen worden — d. h. sie haben ihn sich angeeignet —, und nur 2 Millionen Desjatinen stehen dem Staate und den Kommunen zur Verfügung. Die ursprüngliche Absicht, der Landwirtschaft eine kommunistische Betriebsweise aufzuzwingen, mußte an dem Widerstand der Bauern, die 80 Prozent der Bevölkerung bilden, scheitern. Mit einem Wort, die kommunistische Partei, sagt Passchew, „hat im Grunde genommen auf dem Gebiet der Bodenbesitzung das Maximalproblem der Sozialrevolutionären Partei, der früher erklärten Sachwalterin der Bauern und heute der erbitterten Feindin des herrschenden Systems, verwirklicht. Von der Entwicklung der Landwirtschaft hängt die ganze wirtschaftliche, die inner- und außenpolitische Lage der Sowjetunion ab. Der Bauer liefert beinahe alles, was die Sowjetunion ins Ausland ausführt und wofür sie andere Werte erhält; er ist auch gleichzeitig der ausschlaggebende Konsument, ohne den die ganze russische Industrie zum Stillstand verurteilt wäre. Er ist auch der Hauptträger der Steuerlast des Staates — überhaupt der Ursprung der ganzen wirtschaftlichen Kraft des großen Rußlands.“ Daraus erklärt es sich, daß auf allen Kongressen der Räte und der kommunistischen Partei die Bauernfrage im Vordergrund der Erörterungen steht. Statt der mangelhaften Verträge, die sozialistische Kommune auf das Land zu verpflanzen, bemüht sich die Regierung unter der „neuen Wirtschaftsordnung“, die landwirtschaftliche Kultur mit den in Westeuropa üblichen Mitteln zu beleben. Vor allem bemühen sich die Regierungsorgane, die Bauern von der veralteten Dreifelderwirtschaft abzubringen. Auf dem Umwege der Befreiung des privaten Vermittlers zwischen der Staatsindustrie und dem reichen Konsumgebiet des flachen Landes sucht sie die Bauern für sozialistische Wirtschaftsmethoden zu gewinnen.

Zu diesem Zwecke bediente sich die Sowjetregierung des Genossenschaftswesens. Auch hierin vollzog sich eine vollständige Wandlung. Während des Krieges nahmen die Konsumvereine infolge der Ernährungsnot in den Städten einen bedeutenden Aufschwung. Die ganze Entwicklungsrichtung, die ganze Tendenz der genossen-

schaftlichen Bewegung brachte es mit sich, daß menschliche, sozialrevolutionäre und bürokratisch-demokratische Elemente dort die Oberhand hatten.“ Aber während die Bolschewisten ursprünglich die Genossenschaften als ein dilettantisches Mittel betrachteten, die Lage der untersten Schichten zu bessern, traten sie bald in den Vordergrund des Regierungsinteresses. Seit dem 1. Januar 1924 ist das ganze Genossenschaftswesen in neun Zentralverbänden zusammengefaßt; außer den Wohnungsgenossenschaften in den Großstädten umfaßt sie insgesamt 5760 Produktiv-, landwirtschaftliche und Kreditgenossenschaften. Die Arbeiterkonsumgenossenschaften zählten Anfang 1924 2 400 844 Mitglieder. Nach der „neuen Wirtschaftsordnung“ waren die Genossenschaften dazu ausgerufen, den privaten Handel auszuscheiden. Nach Volkesses betrug ihr Anteil am Binnenhandel im Jahre 1923 jedoch nur 10,3 Prozent gegen 63,8 der privaten und 25,9 der staatlichen Handelsbetriebe. Immerhin gelang es, das Genossenschaftswesen organisatorisch durch die Zentralinstanz — den Zentralsowjet — den Tendenzen der Sowjetregierung dienstbar zu machen.

Wie auf allen andern Gebieten haben sich auch die Organisationsformen der Industrie unter der kommunistischen Herrschaft wiederholt verändert. Geblieben ist nur die Leitung der Industrie durch den „Obersten Volkswirtschaftsrat“. Administrativ und kommerziell ist die russische Industrie in die form. horizontaler Trusts gefaßt worden, die unsere Aktiengesellschaften formell ähnlich sind, nur daß an Stelle der Generalversammlung der Staat durch sein Organ, den „Obersten Rat für Volkswirtschaft“, die entscheidende Instanz bildet. Daneben entwickelten sich die Syndikate als Vereinigungen der Industriekreise zu selbständigen wirtschaftlichen Einheiten.

Bedient sich das Sowjetregime auf allen wirtschaftlichen Gebieten der Organisationsformen der kapitalistischen Wirtschaft, so enthalten doch bei diesem System die auf betriebswirtschaftliche und produktionsfördernde Ziele gerichtete Antriebe des Kapitalismus. Zwar halten die zum Studium der wissenschaftlichen Betriebsführung geschaffenen Einrichtungen jeden Vergleich mit westeuropäischen aus, aber die Praxis der industriellen Produktion entwirft nicht den theoretischen Zielen, die sich die Sowjetregierung gestellt hat. Wie kann es auch anders sein bei einer rück-

hängigen Industrie, die von staatlich-bürokratischen Anordnungen abhängig ist? Und bei der eine fruchtlose Angst vor strengen Strafen jedermann abhält, eine Verantwortung auf sich zu nehmen?

Wenn hier versucht wurde, aus dem reichen Material der Schrift von Passchew einige Teile der wirtschaftlichen Lage Rußlands zu skizzieren, so dürfte damit schon das Doppelgesicht des Bolschewismus auch auf dem Wirtschaftsgebiete hervortreten. Eingeklemmt zwischen die Interessen der Bauern und der Industrie, zwischen dem niemals befriedigten Bedarf an ausländischem Kapital und dem Streben nach einer autarken, sozialistisch-kapitalistischen Gesellschaftsorganisation, zeigt sich dies Doppelsicht bald in kapitalistischen, bald in kommunistischen Zügen. Deshalb läßt sich so schwer erkennen, was aus dem wirtschaftlichen Särungsprozess einmal entstehen wird. Klar erscheint die Sowjetpolitik nur in der Richtung auf die Wölfer des Ostens. Nach Westen wird das Sowjetregime immer mehr dazu gedrängt, sich in die Weltpolitik und die Weltwirtschaft einzureihen, und mit jedem Schritte entfernt sie sich mehr von ihrem ursprünglichen Ziel: der Entfaltung der Weltrevolution in den westeuropäischen Ländern. In dem Maße, in dem die nationalen Volkswirtschaften sich zur Weltwirtschaft entwickeln, muß das harre System des diktatorischen Kommunismus abbrechen und sich den weltwirtschaftlichen Tendenzen, die mit der Demokratie untrennbar verbunden sind, fügen. Wenn die Kommunisten das, was in Rußland geschieht, schlichter als „Marrismus“ ausgeben, so nehmen sie nur eine Maske vor ihr eigentliches Gesicht, damit die Welt nicht sieht, daß sie weder kommunistische noch marxistische Taten vollbringen, sondern daß ihre Maßnahmen von der Erhaltung der diktatorischen Macht einer kleinen Gruppe und den Notwendigkeiten nationaler Wirtschaftsbedingungen eingegeben sind.

Wer dies erkennt, für den ist das Rätsel der russischen Sphinx gelöst. Denn die Leninische Theorie, daß der Sieg der proletarischen Revolution nicht in den kapitalistisch fortgeschrittenen Staaten zuerst verwirklicht wird, sondern in den kapitalistisch rückständigen, ist falsch; sie widerspricht allen Erfahrungen und beruht nur auf der zufälligen Besitzergreifung der Staatsmacht durch die Bolschewisten, die zu erhalten nur durch kleinbürgerliche Zugewandte an die Bauern ermöglicht wurde. Die ökonomischen Probleme haben die Bolschewisten so wenig meistern können wie die politischen; gelungen

Marr' Programm-Erklärung

SPD. Der Preussische Landtag nahm am Mittwoch die Regierungserklärung des neuen preussischen, unter der Führung von Dr. Marr stehenden Kabinetts entgegen. Die Kommunisten empfingen den neuen Ministerpräsidenten mit dem Rufe „Auhregelichieder!“ und verhielten sich sonst in dem ihnen geläufigen Kackhemmenten zur Regierungserklärung die bekannte übliche kommunistische Begleitmusik zu machen. Allein die warmen Worte, die der Landtagspräsident Genosse Bartels und der Ministerpräsident den Obern der Explosionskatastrophe widmeten, brachten in die Sitzung einen so starken und ersten Ton, daß das kommunistische Gebehl absolut keine Melanz fand.

Das Regierungsprogramm, das der Ministerpräsident, mehr in aphoristischer Form, vortrug, zeigt, daß im großen und ganzen der Kurs des Kabinetts Braun beibehalten werden soll. Ein neues Kabinett — in der allgemeinen Linie der alte Kurs! Unter diesen Umständen konnte der Land, den der neue preussische Ministerpräsident dem früheren Leiter der preussischen Geschichte, Genossen Braun, ansprach, nicht überlassen. Auf der rechten Seite des Hauses hat dieser Dank an Braun selbstverständlich keine Freude wahrgenommen.

Mit besonderem Nachdruck betonte Marr in seiner Erklärung, daß für den Aufbau der deutschen Landwirtschaft und vor allem auch für deren Schutz gegen ausländische Konkurrenz alle Kraft eingesetzt werden müsse. Der Streit um die Staatsform soll nicht das Volk zerfleischen. Die Arbeit für das Volk soll auf dem Boden der Republik erfolgen, und die Beamten müssen, genau wie das Regierungsprogramm der großen Koalition das von ihnen vertrat, inner- und außerhalb des Amtes dessen eingedenk sein, daß sie Beamte eines republikanischen Freistaates sind.

Genosse Dr. Waentig, der als erster der Fraktionsredner in ruhiger, aber sehr scharfer und klarer Weise zu den Hauptpunkten des Programms Stellung nahm, ließ keinen Zweifel darüber, daß Schutz der Landwirtschaft gegen Konkurrenz keinen Agrarhochsoll bedeuten darf. Pflege und Rettung des Mittelstandes sind nicht denkbar ohne Förderung und Aufstieg des Arbeiterstandes. Die Schulpolitik kann und darf sich nur auf dem durch die Reichsverfassung geschaffenen Boden völliger Gleichberechtigung der Konfessionen und Richtungen vollziehen. Die Worte des Programms sind hörbar, annehmbar, allein, so betonte Genosse Waentig, die Tat, nicht das Wort, ist das Entscheidende.

Trotz dem allgemein verständlichen Tone, den Dr. Marr anschlug, erklärten die Wortführer der Deutschnationalen

und der Deutschen Volkspartei, daß das neue Kabinett sich auf den schärfsten Kampf von rechts gefaßt machen müsse.

Die Rechtsparteien haben bereits angekündigt, daß sie am Freitag in der Vertrauensfrage für jeden Minister gesondert abstimmen lassen wollen. Ob die Rechtsparteien ihre Drohungen, aufs Ganze geben zu wollen, wahr machen werden, wird sich am Freitag zeigen. Nebenfalls läßt das politische Barometer wieder einmal stürmisches Wetter an.

Konflikt mit den Balkanstaaten?

Das deutsche Reich ist wegen der Erfüllung der Bedingungen des Friedensvertrages mit Rumänien in einen Konflikt mit Rumänien geraten, und zwar handelt es sich dabei in erster Reihe um die Einlösung der Banca-Generalaknoten, die Deutschland während des Krieges ausgegeben hat. Rumänien hat mit Repressivmaßnahmen gedroht. Es will Normalzölle und außerdem eine 26 prozentige Einfuhrabgabe für deutsche Waren einführen und das deutsche Vermögen liquidieren. Deutschland hat an Rumänien eine Note gerichtet, in der es darauf hinweist, daß mit den auf Grund des Dawesgutachtens von Deutschland zu zahlenden Leistungen alle Kosten der Alliierten aus dem Kriege als abgegolten gelten müßten. Auch von Südspanien wird wegen ähnlicher Differenzen mit Repressalien gegen die deutschen Winderheiten gedroht. Der Berichterstatter des Berliner Tageblattes, Theodor Hertel, ist aus Belgrad ausgewiesen worden, weil er angeblich tendenziöse Berichte nach Deutschland gesandt hat.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages gab Dr. Stresemann am Mittwoch über die Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien eingehende Erklärungen ab. Die hierauf folgende Rede des Abgeordneten Dr. Pöschel (Dnt.), (Rückf., So.), Dr. Wirth (Zentr.), v. Freytag-Loringhoven (Dnt.), Dr. Dant (Dem.) und Dr. Reich (Dnt.) betrafen, ergab, daß der Ausschuss einstimmig den Staatsrat der Reichsregierung bildete. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Durchführung des Londoner Protokolls hinsichtlich

Ministerium im besetzten Gebiet besprochen. Den sozialdemokratischen Standpunkt legte Genosse Goldmann dar. Der Ausschuss nahm einstimmig folgende Entscheidung an: „Die Reichsregierung wird ersucht, mit den beteiligten Bundesregierungen in Verbindung zu treten und darauf hinzuwirken, daß diese vom Eindeutigkeit im Sinne des Erlasses des Reichspräsidenten vom 18. Februar 1925 Gebrauch machen.“ Der Ausschuss behält sich seine weitere Entscheidung vor für den Fall, daß das angelegte Begnadigungsverfahren durch die Länder nicht dem vom Ausschuss erstrebten Erfolg haben sollte.